

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma H. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion H. A. Berger daselbst.

No. 25.

Dienstag, den 26. Februar

1895.

Bekanntmachung.

Die Anmeldung der Eltern d. S. schulpflichtig werdenden Kinder, welche durch die Eltern oder sonstige Erziehungspflichtige selbst zu erfolgen hat, nimmt der Unterzeichnete in seiner Expedition (Zimmer No. 9) entgegen, und zwar

Donnerstag, den 28. Februar, nachm. von 1—4 Uhr.

Schulpflichtig sind die Kinder, die bis Ostern das 6. Lebensjahr erfüllt, schulpflichtig nur diejenigen, welche bis mit 30. Juni d. J. das 6. Lebensjahr vollendet haben. Später geborene Kinder finden keine Aufnahme.

Bei der Anmeldung sind beizubringen:

1. das Taufzeugnis (nur von den nicht in hiesiger Pfarodie geborenen Kindern),

2. der Impfschein.

Gleichzeitig ist die nähere Angabe der Religion, bez. Confession zu machen, auch die Erklärung abzugeben, in welche Bürgerschule das betr. Kind aufgenommen werden soll.

Der Tag der Aufnahme wird später bekannt gegeben.

Wilsdruff, den 14. Februar 1895.

Der Direktor der städtischen Schulen.
Gerhardt.

Die Steuer- und Finanzfrage im Reichstage.

Im Reichstage hat soeben die erstmalige Erörterung der auf Neue eingebrachten Vorlage über die Erhöhung der Tabaksteuer und die Reform der Reichsfinanzen stattgefunden, womit das Parlament an die in mancher Beziehung wichtigste, aber auch schwierigste Aufgabe seiner gegenwärtigen Session herantritt. Bekanntlich sind beide Vorlagen in der vorigen Session gescheitert. Für den Finanzgesetzentwurf gab sich in der Volksvertretung des Reiches überhaupt keine größere Stimmung kund, namentlich, da ja unmittelbar vorher die neue Börsen- und Lotteriesteuer bewilligt worden waren. Wenn trotzdem die Reichsregierung dem Parlamente die genannten Vorlagen wiederum unterbreitet hat, so spricht dies eben dafür, wie sehr man in den leitenden Kreisen von der Nothwendigkeit einer definitiven Neugestaltung des Reichsfinanzwesens und der hierdurch bedingten Erschließung neuer Steuerquellen überzeugt ist. Aber nicht nur die künftige Selbstständigkeit der Reichsfinanzen erheischt eine weitere Vermehrung der eigenen Einnahme des Reiches, sondern auch der Umstand, daß an den laufenden Kosten der jüngsten Heeresvermehrung noch immer ca. 9 Mill. Mark zu decken übrig bleiben. Zur Erreichung dieses doppelten Zweckes hält man in den Berliner Regierungskreisen nach wie vor die Erhöhung der Einnahmen aus der Tabaksteuer als das geeignetste Mittel. Der Schatzsekretär Graf Posadowsky hat in der Generaldebatte über die Tabaksteuer-Vorlage noch einmal die vom Regierungstandpunkte aus für eine stärkere Belastung des Tabaks sprechenden Gründe dargelegt und dabei zugleich auch durchblicken lassen, wie wenig rationell und ertragfähig er die vorgeschlagenen Pflanzsteuer und direkten Reichsteuern hält; nunmehr ist es am Reichstage, seinerseits erneut Stellung zu der wieder aufgestellten Doppelfrage der Steuer- und Finanzreform zu nehmen.

Die erstmalige Lesung der Tabaksteuer-Vorlage von vergangener Woche zeigte nun, daß dieselben gegenüber im Reichstage eine wesentlich günstigere Stimmung herrscht, als dies von ihrer Vorgängerin gelten durfte. Zwar traten die Gruppen der Linken und ebenso ein Theil der Nationalliberalen wiederum als entschiedene Gegner einer erneuten Besteuerung des Tabaks auf, dafür bekundete sich aber vor Allem in der Centrumspartei eine unverkennbar freundlichere Auffassung der Tabaksteuerfrage. Vielleicht mag zu dieser gegen früher sichtlich veränderten Haltung der stärksten Partei des Reichstages die nicht zu leugnende vortheilhafte Veränderung beitragen, welche der neue Entwurf des Tabaksteuergesetzes im Vergleich zu der gescheiterten Vorlage aufweist, vielleicht spielen auch noch andere Erwägungen bei der erwähnten Stellungnahme des Centrums ihre Rolle; genug, sicher ist, daß die größere Hälfte des Centrums sich jetzt der Tabaksteuer-Vorlage geneigter zeigt, womit natürlich die parlamentarischen Aussichten der letzteren eine erhebliche Besserung erfahren. Die Einwendungen, welche auch jetzt wieder gegen die Tabaksteuer-Vorlage im Reichstage vorgebracht wurden, waren im Großen und Ganzen die nämlichen wie in der vorigen Session; offenbar ist hierbei manches übertrieben Graus in Graus gemalt worden, was speziell von den Befürwortern über eine gänzliche Beseitigung der deutschen Tabakindustrie durch die projektierte neue Steuer gilt.

Wenn nun mit Fug behauptet werden darf, daß die Chancen der Tabaksteuer-Vorlage im Parlamente einigermaßen günstiger sind, so ist dies zur Zeit bei der geplanten Finanzreform noch nicht der Fall, noch immer steht dieselbe in den Reihen der Volksvertreter auf gewichtige Bedenken und scharfen Widerspruch. Es ist daher nicht unmöglich, daß das eigentliche Finanzgesetz auch diesmal scheitert, während die Tabaksteuer-Vorlage vielleicht zur Annahme gelangt, obwohl doch beide Gesetzentwürfe innerlich eng mit einander zusammenhängen. Aber trotz

allem wird der Reichstag, wenn nicht noch aus eigener Einsicht, so doch durch die zwingende Macht der Verhältnisse auf dem Weg der Reichsfinanzreform gezwungen werden. Schon jetzt machen sich die Wirkungen des hieherigen unheilvollen Finanzverhältnisses des Reiches zu den Einzelstaaten für die Steuerzahler immer drückender bemerkbar, so daß verschiedene Landtage bereits mit Erhöhung der direkten Landessteuern befaßt werden müssen, in diesen Zuständen wird aber schwerlich eine Wendung zum Besseren eintreten, ehe nicht das Reich finanziell auf seine eigene Beine gestellt wird und hiermit das ungeliebte System der schwankenden Ueberweisungen aus den Reichseinnahmen an die Bundesstaaten und andererseits der Patrimonialbeiträge der letzteren aufhört.

Tagesgeschichte.

Der Kaiser wohnte am Sonnabend Abend dem Festmahle des brandenburgischen Provinziallandtages bei und hielt daselbst die vielfach schon erwartete Ansprache. In derselben wies der Kaiser hauptsächlich auf die landwirtschaftliche Frage hin, hierbei an seine bekannten Anschließungen beim Empfange der Deputation des Bundes der Landwirthe erinnernd. Erneut versicherte der Monarch, mit ganzer Kraft für die Hebung des Bauernstandes einzutreten zu wollen, aber er warnte zugleich eindringlich vor überspannten Hoffnungen oder gar vor der Förderung der Verwirklichung bloßer Utopien. Er betonte, daß es Aufgabe des Landesherren sei, die Interessen aller Stände gegen einander abzuwägen und sie mit einander zu vermitteln, damit dabei das allgemeine Interesse des großen Vaterlandes gewahrt bleibe. Nach einem historischen Streifblick auf den Kampf des Kurfürsten Friedrich I. von Brandenburg gegen den rebellischen brandenburgischen Adel („Tag von Friesack“) wies der erlauchte Redner auf die bevorstehende fünfzigjährige Wiederkehr der deutschen Ruhmesstunde von 1870 und speziell auf den gerade für das brandenburgische Armeekorps so ruhmvollen 16. August 1870 (Schlacht von Bornville, Mars-la-Tour) hin. Zuletzt trank der Kaiser auf das Wohl der Stadt Berlin und seiner Brandenburg.

Die feierliche Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals wird, wie nunmehr als feststehend gelten kann, in der zweiten Junihälfte in Gegenwart des Kaisers und vieler Bundesfürsten vor sich gehen. Nach Allem, was man bis jetzt hierüber hört, wird sich die gesammte Einweihungsfeier zu einem glänzenden Ereignis gestalten, während der Bedeutung des großen Kanal-Unternehmens. Die offiziellen Einladungen zur Theilnahme an der Feier sind den Regierungen der meisten seefahrenden Nationen dem Bernichman nach bereits zugegangen und sollen Spanien und Oesterreich-Ungarn die Einladung schon in aller Form angenommen haben. Beide Mächte werden ein fremliches Geschwader nach der deutschen Ostseeküste entsenden, auch viele der übrigen eingeladenen Staaten werden bei der Einweihungsfeier des Nord-Ostsee-Kanals sicherlich durch mehrere Kriegsschiffe vertreten sein, so daß sich dieselbe vor Allem zu einem imposanten maritimen Schauspiel gestalten wird.

Die in Berlin stattgehende, alle Zweige und alle Bezirke des deutschen Tabakgewerbes vertretende, stark besuchte Hauptversammlung des deutschen Tabakvereins, welcher gegen 1400 Rauchtobak-, Kautabak-, Schnapstabak-, Cigarren- und Cigaretten-Fabriken und Rohabakhandlungen umfaßt, erklärte auch die neue Tabaksteuervorlage für unannehmbar. Die Versammlung ging dabei von der auf Sachkenntnis, Erfahrung und ernstester Prüfung beruhenden Ueberzeugung aus: 1.) Daß die beabsichtigte Mehrbelastung des Tabaks bei der wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes einen entsprechenden Rückgang im Tabakverbrauch und demzufolge Arbeitermassenentlassungen

bis zu einem Fünftel der im Tabakgewerbe nachweislich beschäftigten etwa 170 000 Arbeitskräfte herbeiführen würde; 2.) daß die geplante Tabakfabriksteuer sich nicht ohne die weitgehendsten Belästigungen und die größten Erschwernisse für die Herstellung und den Verkauf von Tabakfabrikaten, sowie den Rohabakhandel würde durchführen lassen und deshalb notwendiger Weise eine Gefährdung zahlreicher wirtschaftlich schwächerer Tabakbetriebe und namentlich des hochentwickelten handwerksmäßigen Kleingewerbes trotz der scheinbaren Wohlthat der dauernd unhaltbaren Pauschalierung zur Folge haben müßte; 3.) daß diesen beklagenswerthen Beeinträchtigungen weiter Volkstheile keinerlei wirtschaftliche Vortheile gegenüberstehen, im Gegentheil auch der deutsche Tabakbau auf die Dauer unter den Wirkungen des Minderverbrauchs schwer leiden würde. Von diesen Erwägungen ausgehend, richtet der deutsche Tabakverein in aller Ergebenheit an den hohen Reichstag die dringende Bitte, dem von den verbündeten Regierungen vorgelegten Entwurf eines Tabaksteuergesetzes seine verfassungsmäßige Genehmigung zu verweigern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Antrag gestellt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und die Umwandlung der jetzigen Heeresorganisation in eine Militärvorbereitung angebahnt wird. Die „Erziehung der Jugend“ zur Wehrhaftigkeit ist vor Jahren von verschiedenen Staaten, wie Frankreich, Schweiz u. s. w. durch Formirung von Schülerbataillonen in die Hand genommen worden, aber im großen und ganzen in Spielerei ausgeartet. Die Sozialdemokraten bezwecken mit ihrer Anregung nicht, eine Spielerei herbeizuführen, sondern sie wollen eine reguläre Bewaffnung und militärische Schulung für die ihnen so werthvollen „Jugendlichen“ von Staatswegen. Daran schließt sich dann das „Vollwehrgesetz“, über dessen strategischen Werth erst jüngst berufene Männer aus der Schweiz sich so wegwerfend wie möglich geäußert haben. Kame hierzu noch die Wahl der Offiziere und Unteroffiziere durch „das Volk“, d. h. durch die betreffenden Heeresabtheilungen, dann wäre das Ideal der deutschen Sozialdemokraten erreicht, und ihre Freunde, die französischen Republikaner, hätten es leicht, wieder einmal „die Civilisation über Europa zu verbreiten.“

Zum Untergang der „Elbe“. Das Hafentamt in Ostende übergab dem deutschen Konsul 350 Gelbbriefe, die von der verunglückten „Elbe“ herrühren; einer davon enthält 21 000 Dollars. Zu der Geschichte dieser Auslieferung wird der „Post. Ztg.“ aus Brüssel geschrieben: Die Insassen der Ostender Fischerschuluppe 144 hatten einen Postfach der „Elbe“ aufgesperrt und bei dem Ostender Rbeder Hamman niedergelegt. Die belgische Postverwaltung forderte den Rbeder auf, ihr den Postfach auszubändigen; Hamman lehnte es ab; auch die deutsche Postverwaltung hatte keinen günstigeren Erfolg, und das Einschreiten der Staatsanwaltschaft hatte nicht die Auslieferung des Postfaches zur Folge. Hamman forderte für die Fischer die Zahlung des Strondrechts, das heißt ein Drittel des Wertes des Inhalts des Postfaches. Die deutsche Postverwaltung lehnte dieses Ansuchen um so mehr ab, als Postfäche keine Schiffstrümmern seien; andererseits auch der Inhalt des Postfaches, da die meisten Briefe geschlossen waren, bisher nicht festgestellt werden konnte. Doch Hamman hielt an dem Rechte der Fischer fest. Es kam endlich eine Vereinbarung zustande; die deutsche Postverwaltung versprach Vergütung; der deutsche Konsul händigte Hamman 70 000 Francs als Bürgschaft ein und so erhielt er am Mittwoch den Postfach.

Wien. Das Vermögen des Erzherzogs Albrecht. Es ist bekannt, daß der verstorbene Erzherzog Albrecht riesige Compleren Landes besaß und einer der größten Grundbesitzer Oester-

